



Stadt Verl

Ein guter Grund.

Vergabeverfahren Betrieb einer Kindertageseinrichtung für die Stadt Verl

Vergabenummer 51.1 Kita West

Formulare zu den Eignungskriterien

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Formular I</u>	Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	3
<u>Formular II</u>	Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG	7
<u>Formular III</u>	Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (Formular 531 EU analog*)	9
<u>Formular IV</u>	Eigenerklärung zum Unternehmen / Handelsregistereintrag / Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft / Nachweis über die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII	14
<u>Formular V</u>	Eigenerklärung zu der Betriebshaftpflichtversicherung	17
<u>Formular VI</u>	Eigenerklärung über die Gesamtumsätze und den Umsatz bezogen auf vergleichbare Leistungen sowie Forderung einer Bonitätsauskunft.....	19
<u>Formular VII</u>	Eigenerklärung zu vergleichbaren Referenzen	21
<u>Formular VIII</u>	Erklärung Unterauftragsvergabe (Formular 533a EU analog)	27
<u>Formular IX</u>	Erklärung zur Eignungsleihe (Formular 534a EU analog).....	28
<u>Formular X</u>	Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher (Formular 534b analog)	29
<u>Formular XI</u>	Verpflichtungserklärung Scientology Schutzklausel.....	30
<u>Formular XII</u>	Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023.....	31

Formular I

Eigenerklärung Ausschlussgründe

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem Eignungsverleiher auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Eignungsverleiher
- Unterauftragnehmer

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / des Eignungsverleihers / des Unterauftragnehmers)

1. Ich / Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem / unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt und gegen mein / unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 232a Abs. 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),
- mein / unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein / unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich / wir mich / uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich / wir erkläre(n), dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen – insbesondere auch nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohngesetz und dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren und kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist,

die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat,

- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.
 - das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
 - das Unternehmen bei der Durchführung des Vergabeverfahrens keinem Interessenkonflikt ausgesetzt ist, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - das Unternehmen den Wettbewerb nicht dadurch verzerrt, dass es bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 - das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
 - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln;
 - das Unternehmen nicht
 - a) versucht, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht, solche Informationen zu übermitteln.
3. Mir / Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines / unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Wettbewerbsregister führen können, eingeholt wurden. Ich / Wir versichere / versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen / unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen oder zu einem Eintrag in das Wettbewerbsregister führen könnten.

4. Mir / Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem / unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle / das Wettbewerbsregister nach sich ziehen kann.
5. Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, die vorstehenden Erklärungen zu 1. bis 4. mit dem Teilnahmeantrag auch für Eignungsverleiher vorzulegen sowie von Unterauftragnehmern, die nicht als Eignungsverleiher fungieren, zu fordern und vor Vertragsschluss vorzulegen.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

Hinweis:

Sofern Sie sich in der Situation befinden, die vorstehende Erklärung nicht vorbehaltlos und wahrheitsgemäß unterzeichnen zu können, benennen Sie uns bitte die Gründe hierfür. Sie können in diesem Fall

- entweder Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB getroffen haben, die einem Ausschluss Ihres Unternehmens vom Vergabeverfahren entgegenstehen,
- oder nachweisen, dass der Zeitraum, in dem das Vorliegen eines etwaigen Ausschlussgrundes zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen kann, nach § 126 GWB bereits verstrichen ist.

Solche Nachweise sind zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

(Achtung! Mindestkriterium, bei Vorliegen von zwingenden Ausschlussgründen i.S.d. Formulars Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe ggf. Ausschluss nach Ermessensausübung des Auftraggebers.)

Formular II

Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem Eignungsverleiher auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Eignungsverleiher

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / des Eignungsverleihers)

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG fordern öffentliche Auftraggeber beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 bis 8, 10 und 11 oder Abs. 2 MiLoG an oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ich / Wir erkläre(n), dass

- die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nachweislich nicht vorliegen;
- ich / wir zur Kenntnis genommen habe(n), dass auch im Falle der Abgabe der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können sowie gemäß § 6 Wettbewerbsregistergesetz in Vergabeverfahren mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer vor Zuschlagserteilung zur Abfrage des Wettbewerbsregisters verpflichtet sind.

(Achtung! Mindestkriterium, bei Nichterfüllung Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.)

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbungsgemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

Formular III

Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (Formular 531 EU analog*)

(Dieses Formular ist nur auszufüllen, wenn eine Bewerbergemeinschaft gebildet wird. Sofern die Bewerbergemeinschaft mehr als drei Mitglieder umfasst, ist das Formular zu vervielfältigen.)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft, haben uns zu einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Teilnahmeantrag bzw. ein gemeinsames Angebot zur vorliegenden Ausschreibung einzureichen. Wir erklären, dass wir im Auftragsfall gegenüber dem Auftraggeber als Gesamtschuldner haften werden.

Name des Unternehmens	Kontakt Daten, Ansprechpartner (Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)	Daten des Unternehmens zur nachträglichen Veröffentlichung ³		
		Größe des Unternehmens	Nationalität des Eigentümers	Umsatzsteueridentifikationsnummer
Federführend				

Bevollmächtigter Vertreter, der die aufgeführten Mitglieder der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt sowie berechtigt ist, einen gemeinsamen Teilnahmeantrag bzw. ein gemeinsames Angebot abzugeben, ist das vorstehend bezeichnete federführende Mitglied.

* Inhaltlich geringfügig angepasst. Daher in der Bezeichnung „analog“.

³ siehe umseitige Erläuterungen

Angaben zur Aufgabenverteilung in der Bewerber- / Bietergemeinschaft:

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen	Benennung des Bewerber- / Bietergemeinschaftsmitglieds, das diese Leistungen über- nimmt

Bewerbergemeinschaften können mit dem Teilnahmeantrag zusätzlich auf gesonderter Unterlage als Anlage ein Organigramm einreichen, aus dem sich ergibt, für welche Teilbereiche die einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zuständig sein sollen. In diesem Fall verweisen Sie bitte an dieser Stelle auf die entsprechende Anlage:

Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft erklären, dass die Bildung einer Bewerbergemeinschaft wettbewerbsunschädlich ist, da

- die beteiligten Unternehmen jedes für sich zu einer Teilnahme an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Teilnahmeantrag aufgrund ihrer betrieblichen und geschäftlichen Verhältnisse (z.B. mit Blick auf Kapazitäten, technische Einrichtungen und/oder fachliche Kenntnisse) nicht leistungsfähig sind und erst der Zusammenschluss zu einer Bewerbergemeinschaft sie in die Lage versetzt, sich daran mit Erfolgsaussicht zu beteiligen oder
- die Unternehmen für sich genommen zwar leistungsfähig sind (insbesondere über die erforderlichen Kapazitäten verfügen), Kapazitäten aufgrund anderweitiger Bindung aktuell jedoch nicht einsetzbar sind oder
- die beteiligten Unternehmen für sich genommen leistungsfähig sind, aber im Rahmen einer wirtschaftlich zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Entscheidung erst der Zusammenschluss ein erfolgsversprechenden Teilnahmeantrag ermöglicht.

Sonstige Gründe für die Bildung der Bewerbergemeinschaft:

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

Bitte beachten Sie die Hinweise zur Einreichung der Interessenbestätigung, des Teilnahmeantrages oder Angebotes im Formular **312/322 EU**.

Erläuterungen zu den Daten der Mitglieder der Bietergemeinschaft für die nachträgliche Veröffentlichung

1) Einordnung des Unternehmens als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) oder Großunternehmen

Zur Einordnung als KMU sind anzugeben: Kleinstunternehmen, Kleines Unternehmen, Mittleres Unternehmen oder Großunternehmen (sofern vorherige Klassifikation nicht zutreffend).

Die Definitionen sind angelehnt an Artikel 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG (Amtsblatt der EU L 124/36 vom 20. Mai 2003). Informationen zur Berechnung der Beschäftigtenzahlen bzw. der finanziellen Schwellenwerte sind unmittelbar der v. g. Empfehlung zu entnehmen.

- Kleinstunternehmen (weniger als zehn Personen und Jahresumsatz/-bilanz weniger als 2 Mio. Euro)
- Kleines Unternehmen (weniger als 50 Personen und Jahresumsatz/-bilanz weniger als 10 Mio. Euro)
- Mittleres Unternehmen (weniger als 250 Personen und Jahresumsatz weniger als 50 Mio. Euro bzw. Jahresbilanzsumme weniger als 43 Mio. Euro).

- 2) Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des Unternehmens, sofern das Unternehmen nicht börsennotiert ist

Als Definition des Begriffes „wirtschaftlicher Eigentümer“ kann der Begriff des „wirtschaftlich Berechtigten“ nach § 3 Geldwäschegesetz herangezogen werden (Hinweis auf § 3 GwG – Einzelnorm (gesetze-im-internet.de)).

Formular IV

Eigenerklärung zum Unternehmen / Handelsregistereintrag / Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft / Nachweis über die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem Eignungsverleiher auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen. Soweit dies vorgesehen oder erforderlich ist, können Erläuterungen in selbst zu erstellenden Anlagen gegeben werden.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Eignungsverleiher

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / des Eignungsverleihers)

Firma, Hauptsitz und Anschrift des Unternehmens: (Informationskriterium)	
Unternehmenszweck und Leistungsschwerpunkt des Unternehmens: (Informationskriterium)	
Beschreibung der Unternehmensorganisation (z.B. Standorte anderer KiTas, deren Größe, Organisationsstruktur): Möglichkeit zur Darstellung auf gesonderter Anlage mit max. 10 DIN- A4-Seiten! (Informationskriterium)	

	<p>Anlage _____ (Bitte Anlagennummer eintragen, falls Darstellung auf einer gesonderten Anlage erfolgen.)</p>				
<p>Erreichbarkeit im Notfall (Name des Ansprechpartners / Telefonnummer / E-Mail-Adresse): (Informationskriterium)</p>					
<p>Bitte bestätigen Sie, dass Ihr Unternehmen im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen ist (Achtung! Mindestkriterium, bei Nichterfüllung Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.)</p>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><input type="checkbox"/> ja,</td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><input type="checkbox"/> nein,</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">unser Unternehmen ist im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen.</td> <td style="padding: 5px;">unser Unternehmen ist nicht im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen.</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja,	<input type="checkbox"/> nein,	unser Unternehmen ist im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen.	unser Unternehmen ist nicht im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen.
<input type="checkbox"/> ja,	<input type="checkbox"/> nein,				
unser Unternehmen ist im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen.	unser Unternehmen ist nicht im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, eingetragen.				
<p>Bitte bestätigen Sie, dass Ihr Unternehmen ordnungsgemäß nach § 192 Sozialgesetzbuch VII seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem für Ihr Unternehmen zuständigen Unfallversicherungsträger nachgekommen ist (Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft oder vergleichbar). Für Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten gelten die vergleichbaren Maßgaben des Landes oder des Vertragsstaates des</p>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><input type="checkbox"/> ja,</td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><input type="checkbox"/> nein,</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">unser Unternehmen ist seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem</td> <td style="padding: 5px;">unser Unternehmen ist seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja,	<input type="checkbox"/> nein,	unser Unternehmen ist seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem	unser Unternehmen ist seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem
<input type="checkbox"/> ja,	<input type="checkbox"/> nein,				
unser Unternehmen ist seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem	unser Unternehmen ist seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten gegenüber dem				

<p>EWR-Abkommens, in dem das Unternehmen ansässig ist. (Achtung! Mindestkriterium, bei Nichterfüllung Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.)</p>	<p>für unser Unternehmen zuständigen Unfallversicherungsträger nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, nachgekommen.</p>	<p>für unser Unternehmen zuständigen Unfallversicherungsträger nicht nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, nachgekommen.</p>				
<p>Bitte bestätigen Sie, dass Ihr Unternehmen nach § 75 SGB VII als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt ist. Für Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten gelten die vergleichbaren Maßgaben des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem das Unternehmen ansässig ist.</p> <p>Die Anerkennungsbescheinigung ist dem Teilnahmeantrag in Kopie beizufügen.</p> <p>(Achtung! Mindestkriterium, bei Nichterfüllung Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.)</p>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> ja, </td> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> nein, </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> unser Unternehmen ist nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. </td> <td style="padding: 5px;"> unser Unternehmen ist nicht nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. </td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja,	<input type="checkbox"/> nein,	unser Unternehmen ist nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.	unser Unternehmen ist nicht nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.	
<input type="checkbox"/> ja,	<input type="checkbox"/> nein,					
unser Unternehmen ist nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.	unser Unternehmen ist nicht nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem es ansässig ist, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.					

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

<p>Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/ Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft den Teilnahmeantrag abgibt</p>	
<hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"/> <p>(Ort, Datum, Unterschrift)</p>	<hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"/> <p>Name des Unternehmens</p>

Formular V

Eigenerklärung zu der Betriebshaftpflichtversicherung

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem Eignungsverleiher auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Eignungsverleiher

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- über eine Betriebshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung mit einem ausreichenden Versicherungsschutz für die bei einer Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden bei der

(Bitte Firma des Versicherers eintragen)

mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Personenschäden	10.000.000 EUR
für Sachschäden	300.000 EUR
für Vermögensschäden	300.000 EUR

verfüge(n).

Pro Versicherungsjahr müssen die Versicherungssummen bei mehreren Schadensfällen mindestens in Höhe von 10,0 Mio. EUR zur Verfügung stehen.

im Fall der Auftragserteilung bei der

(Bitte Firma des Versicherers eintragen)

eine Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Personenschäden	10.000.000 EUR
für Sachschäden	300.000 EUR
für Vermögensschäden	300.000 EUR

unverzüglich abschließen werde(n).

Pro Versicherungsjahr müssen die Versicherungssummen bei mehreren Schadensfällen mindestens in Höhe von 10,0 Mio. EUR zur Verfügung stehen.

Einen entsprechenden Nachweis über das Bestehen der von mir / uns vorstehend benannten Betriebshaftpflichtversicherung lege ich / legen wir auf Anforderung des Auftraggebers innerhalb von 5 Kalendertagen vor. Mir / uns ist bekannt, dass mein / unser Teilnahmeantrag / Angebot bei unvollständiger oder verspäteter Vorlage ausgeschlossen werden kann.

(Achtung! Mindestkriterium, bei Nichterfüllung Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.)

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

Formular VI

Eigenerklärung über die Gesamtumsätze und den Umsatz bezogen auf vergleichbare Leistungen sowie Forderung einer Bonitätsauskunft

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft. Das Formular ist zudem auch von Eignungsverleihern auszufüllen, auf deren wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beruft, und zwar in dem Umfang, in dem sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft auf deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beruft. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Eignungsverleiher

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / des Eignungsverleihers)

1. Durchschnittlicher Umsatz bezogen auf auftragsvergleichbare Leistungen in den letzten drei KiTa-Jahren (Mindestkriterium):

KiTa-Jahre	Umsatz mit auftragsvergleichbaren Leistungen in EUR
2020/2021	
2021/2022	
2022/2023	
Durchschnittlicher Umsatz	

Achtung!

- a) **Als Umsatz mit auftragsvergleichbaren Leistungen wird Umsatz bezeichnet, der aus dem Betrieb von KiTas resultiert.**
- b) **Eine „Null-Erklärung“ führt nach der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf grundsätzlich zum Ausschluss. Denn mit der Forderung nach Umsatzangaben ist die Forderung, überhaupt Umsätze erreicht zu haben, verbunden (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 16.11.2011 - Verg 60/11).**
- c) **Der Bewerber wird nur dann als geeignet angesehen, wenn er einen Mindest-Durchschnittsumsatz mit auftragsvergleichbaren Leistungen von mindestens 760.000,00 EUR pro Jahr in den letzten drei abgeschlossenen Kita-Jahren erreicht hat. Das Erreichen eines Mindest-Durchschnittsumsatzes von mindestens 760.000,00 EUR pro Jahr mit dem Betrieb von KiTas in den letzten drei abgeschlossenen Kita-Jahren ist ein Mindestkriterium. Bei Nichterfüllung erfolgt der Ausschluss des Bewerbers vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.**

2. Bonitätsauskunft einer etablierten Auskunftsdatei wie bspw. Creditreform, Bürgel Wirtschaftsinformationen, Bisnode, etc. (Mindestkriterium):

Der Bewerber / jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft / ein Eignungsverleiher hat dem Teilnahmeantrag die Bonitätsauskunft einer etablierten Auskunftsdatei wie bspw. Creditreform, Bürgel Wirtschaftsinformationen, Bisnode, etc., die zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags nicht älter als einen Monat sein darf, beizufügen.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

Formular VII

Eigenerklärung zu vergleichbaren Referenzen

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft. Im Fall der Eignungsleihe ist das Formular vom jedem Eignungsverleiher, auf dessen Eignung sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beruft, auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden.)

Es sind mindestens zwei (2) Referenzen von jedem Bewerber und von jeder Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen, die sämtliche nachfolgende Kriterien (Vergleichbarkeitskriterien Mindestreferenz) erfüllen:

1. Die Referenz muss den Betrieb einer vergleichbaren Kindertageseinrichtung betreffen. Die Leistungen der Referenz sind nach Art und Umfang vergleichbar, wenn der Bewerber die Trägerschaft und den Betrieb für eine Kindertageseinrichtung für mindestens 3 Jahre übernommen hat und die Kindertageseinrichtung mindestens über drei Gruppen geführt wurde bzw. wird.
2. Es werden nur Referenzen gewertet, die entweder schon abgeschlossen sind oder zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist bereits mindestens seit drei KiTa-Jahren (Beginn des jeweiligen KiTa-Jahres jeweils zum 01. August eines jeden Kalenderjahres) erbracht werden.
3. Es werden nur Referenzen gewertet, deren Leistungsende nicht länger zurückliegt als der Ablauf des KiTa-Jahres 2020/2021.

(Achtung! Mindestkriterium, bei Nichterfüllung Ausschluss vom weiteren Wertungsprozess mangels Eignung.)

Darüber hinaus kann jeder Bewerber / jede Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag weitere Referenzen vorlegen, die sämtliche nachfolgende Kriterien (Vergleichbarkeitskriterien Wertungsreferenz) erfüllen:

1. Die Referenz muss den Betrieb einer vergleichbaren Kindertageseinrichtung betreffen. Die Leistungen der Referenz sind nach Art und Umfang vergleichbar, wenn der Bewerber die Trägerschaft und den Betrieb für eine Kindertageseinrichtung für mindestens 3 Jahre übernommen hat und die Kindertageseinrichtung mindestens über drei Gruppen geführt wurde bzw. wird.

2. **Es werden nur Referenzen gewertet, die entweder schon abgeschlossen sind oder zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist bereits mindestens seit drei KiTa-Jahren (Beginn des jeweiligen KiTa-Jahres jeweils zum 01. August eines jeden Kalenderjahres) erbracht werden.**
3. **Es werden nur Referenzen gewertet, deren Leistungsende nicht länger zurückliegt als der Ablauf des KiTa-Jahres 2020/2021.**

Die Anzahl an Referenzen, die diesen Vergleichbarkeitsanforderungen genügen, wird der Eignungsbewertung zugeführt. Dabei gilt folgende Bewertungssystematik:

Die fünf geeigneten Bewerber mit den meisten vergleichbaren Referenzen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Hinweis zur Referenzforderung:

Rein vorsorglich weist der Auftraggeber auf folgendes hin: Der Referenzgeber als Auftraggeber der Referenz wie auch eine natürliche Person als Ansprechpartner beim Referenzgeber und die im nachfolgenden Formular geforderten Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzgeber sind zu benennen. Ein Verweis auf vermeintliche datenschutzrechtliche Hindernisse, die einer Benennung angeblich entgegenstehen, wird nicht als Ausnahme von dieser Forderung akzeptiert. Vielmehr ist die Referenz bei Verweigerung der Benennung eines Ansprechpartners beim Auftraggeber nicht wertbar. Dies vor folgendem rechtlichen Hintergrund:

In der Rechtsprechung ist anerkannt,

„dass ein sachliches, im Vergaberecht (national und europarechtlich) allgemein anerkanntes Interesse des öffentlichen Auftraggebers an der Benennung eines Ansprechpartners für Referenzobjekte besteht, da andernfalls die behaupteten Referenzen und damit die Eignung des Bieters nicht überprüfbar wären. Dass sich daraus für die Bieter die Notwendigkeit ergibt, bei den Auftraggebern ihrer Referenzprojekte um die Einwilligung in die Weitergabe von Kontaktdaten nachzusuchen, macht die Anforderung nicht unzulässig.“

OLG München, Beschl. v. 13.03.2017, Az. Verg 15/16.

Die VK Rheinland hat in ihrem Beschluss v. 14.06.2021, Az. VK 19/21-L, ergänzend ausgeführt:

„Es besteht ein allgemein anerkanntes Interesse des öffentlichen Auftraggebers an der Benennung eines unmittelbaren Ansprechpartners für Referenzobjekte, da andernfalls die behaupteten Referenzen und damit die Eignung des Bieters nicht oder jedenfalls nur erschwert überprüfbar wären. Dass sich daraus für die Bieter die Notwendigkeit ergibt, bei den Auftraggebern ihrer Referenzprojekte um die Einwilligung in die Weitergabe von Kontaktdaten nach-

zusuchen, macht die Anforderung nicht unzulässig. Es ist dem einzelnen Bieter auch zumutbar, diese Ansprechpartner zu benennen. Auf datenschutzrechtliche Normen kann sich der Bieter dabei nicht berufen, da diese nicht zu den Bestimmungen des Vergabeverfahrens i.S.d. GWB § 97 VI GWB gehören.“

Den Interessenten an diesem Verfahren wird mit der Teilnahmeantragsfrist ausreichend Zeit gewährt, die Erlaubnis der Referenzgeber für die Referenzbenennung einzuholen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Referenzen stichprobenartig durch Nachfragen bei den Referenzgebern zur Zufriedenheit der Referenzgeber mit der Leistungserbringung durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft / das Mitglied der Bewerbergemeinschaft / den Eignungsverleiher zu überprüfen. Sollte sich auf diesem Wege herausstellen, dass die Referenz

- nicht existiert oder
- nicht den Mindestanforderungen entspricht oder
- der Referenzgeber mit den Leistungen des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / des Eignungsverleihers unzufrieden ist, so dass es sich in Wahrheit um eine Negativreferenz handelt

wird der Auftraggeber die entsprechende Referenz nicht als Eignungsnachweis werten.

Referenz Nr. _____

(Bitte vervielfältigen und durchnummerieren.)

(Name des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft bzw. des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft bzw. des Eignungsverleihers)

Auftrags-/Referenzbezeichnung: _____

Auftraggeber: _____

Ansprechpartner beim Auftraggeber: _____

Adresse des Ansprechpartners beim Auftraggeber:

Telefonnummer des Ansprechpartners beim Auftraggeber: _____

E-Mail des Ansprechpartners beim Auftraggeber: _____

Anzahl Unterauftragnehmer: _____

Unterauftragnehmer für folgende Leistungen:

Kontrollfragen zum Referenzauftragsinhalt, bitte ankreuzen:

1. Betrifft der Referenzauftrag den Betrieb einer Kindertageseinrichtung?
 ja nein

2. Hat der Bewerber die Trägerschaft und den Betrieb für die Referenz-Kindertageseinrichtung für mindestens 3 Jahre übernommen?
 ja nein

3. Wird bzw. wurde die Kindertageseinrichtung über mindestens drei Jahre hinweg mindestens über drei Gruppen geführt?
 ja nein

4. Ist die Referenz bereits abgeschlossen?
 ja nein

Wenn „ja“, dann geben Sie bitte das Datum des Referenzabschlusses hier ein:

(Anmerkung: Es werden nur Referenzen gewertet, deren Leistungsende nicht länger zurückliegt als der Ablauf des KiTa-Jahres 2020/2021.)

5. Geben Sie hier bitte das Datum des Referenzbeginns ein:

(Anmerkung: Es werden nur Referenzen gewertet, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist bereits mindestens seit drei vollen KiTa-Jahren (Beginn des jeweiligen KiTa-Jahres jeweils zum 01. August eines jeden Kalenderjahres) erbracht werden.)

Kurze Beschreibung des Referenzprojekts und Darstellung der erbrachten Leistungen. Der Verweis auf Anlagen (eigene Unterlagen), die dem Teilnahmeantrag beizufügen sind, genügt **nicht** den Anforderungen.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

Formular VIII

Erklärung Unterauftragsvergabe (Formular 533a EU analog)

Bewerber/Bieter	Vergabe-Nr.
-----------------	-------------

Vergabeverfahren

Betrieb einer Kindertageseinrichtung für die Stadt Verl

Ich/wir beabsichtige(n) Teile des Auftrags an Unterauftragnehmer (§ 36 VgV) zu vergeben:

Unterauftragnehmer ⁴ (Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung sowie Kontaktdaten)	Angabe der übernommenen Auftragsteile/des Leistungsbereiches

(bitte ggf. weitere Zeilen einfügen)

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Eigenerklärung „Ausschlussgründe“ (Formular I zu den Eignungskriterien) von jedem Unterauftragnehmer zu fordern und für den Unterauftragnehmer, der nicht Eignungsleiher ist, spätestens vor Vertragsschluss unterschrieben vom Unterauftragnehmer vorzulegen.

Mit der elektronischen Abgabe der Erklärung über den Vergabemarktplatz NRW gilt diese als unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

⁴ Soweit die Nennung des Unterauftragnehmers bereits möglich und damit zumutbar ist vgl. § 36 Abs. 1 VgV.

Formular IX

Erklärung zur Eignungsleihe (Formular 534a EU analog)

Bewerber/Bieter	Vergabe-Nr.
-----------------	-------------

Vergabeverfahren

Betrieb einer Kindertageseinrichtung für die Stadt Verl

Ich/Wir beabsichtige(n), im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten von anderen Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe nach § 47 VgV).

Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns die für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien erforderlichen Kapazitäten durch die folgenden Eignungsleiher zur Verfügung gestellt werden.

Die Eignungsleiher haben mir/uns gegenüber erklärt, dass keine Ausschlussgründe⁵ vorliegen.

Mir/Uns ist bewusst, dass sich die Vergabestelle jederzeit die Nachweise und Eigenerklärungen vorlegen lassen kann.

Eignungsleiher (Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung sowie Kontaktdaten)	Angabe der vom Unternehmen erfüllten Eignungsanforderungen / Kapazitäten

(bitte ggf. weitere Zeilen einfügen)

Eine entsprechend unterschriebene Verpflichtungserklärung des/der Unternehmen(s) (Formular X bzw. Formular **534b EU** analog) ist dieser Erklärung beigelegt.

Mit der elektronischen Abgabe der Erklärung über den Vergabemarktplatz NRW gilt diese als unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

⁵ Diese ergeben sich aus den in den Vergabeunterlagen enthaltenen Eigenerklärungen.

Formular X

Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher (Formular 534b analog)

Bewerber/Bieter	Vergabe-Nr.
-----------------	-------------

Vergabeverfahren

Betrieb einer Kindertageseinrichtung für die Stadt Verl

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des sich verpflichtenden Unternehmens

Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher

Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o. g. Bewerber/Bieter, die im Formular VIII zu den Eignungskriterien (Formular **533a EU analog**) genannten Auftragsteile zu erbringen.

Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o. g. Bewerber/Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für die im Formular IX zu den Eignungskriterien (Formular **534a EU analog**) genannten Eignungsanforderungen zur Verfügung zu stehen. Die diesbezüglichen Nachweise sowie die Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen (Formular I zu den Eignungskriterien) sind dieser Erklärung beigefügt.

- Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o. g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenstempel)

Formular XI

Verpflichtungserklärung Scientology Schutzklausel

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem Eignungsverleiher auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Eignungsverleiher

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / des Eignungsverleihers)

Der Bewerber / das Mitglied der Bewerbergemeinschaft / der Eignungsverleiher

- verpflichtet sich sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen bei der Erfüllung ihres Auftrags nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten,
- nimmt zur Kenntnis, dass bei einem Verstoß die Auftraggeberin/der Auftraggeber berechtigt ist, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

Formular XII

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023

RUS-Sanktionen Verbot von Auftragserteilungen an russische Unternehmen

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sowie von jedem Eignungsverleiher auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Einzelbewerber
- Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft
- Eignungsverleiher

(Name des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft / des Eignungsverleihers)

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

**Unterschriftsfeld nur für Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher/
Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das nicht als Vertreter der Bewerbergemeinschaft
den Teilnahmeantrag abgibt**

(Ort, Datum, Unterschrift)

Name des Unternehmens

ⁱArtikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 lautet wie folgt:

(1)

Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen wie des Vorhabens Paks II und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

-
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder
- e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“